

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Zeitungsschrift: Tageblatt Riesa.

Bundes Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postgeschäftskontor Dresden 1839

Große Straße Nr. 82

Nr. 288.

Mittwoch, 11. Oktober 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,5 Uhr mit Ausnahme des Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 170.— Wart ohne Bringerlohn, durch die Post per Briefkasten. Einzelnummer 10.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabekreises sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erzielen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preise für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundzeit-Zeile (6 Silben) 12.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 5.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtgängige Unterhaltungsbiläge „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Postbeamten oder der Versorgungsanstaltungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung; oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hühnel, Riesa; für Anzeigenredaktion: Wilhelm Dittrich, Riesa.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhherstellers August Marx Ebertwein in Riesa ist der Schlußtermin auf den 6. November 1922, vormittags 10 Uhr vor dem zivilen Amtsgerichte bestimmt worden.

Amtsgericht Riesa, den 10. Oktober 1922.

Schulärztliche Beratungsstunden
vorm. 9—10 Uhr im Schulrätsimmer der Carolaschule. Eingang: Haupteingang.
Für Knaben: 12. und 26. Oktober, 9. und 23. November, 7. und 21. Dezember 1922.
Für Mädchen: 10. Oktober, 2. und 30. November und 24. Dezember 1922.
Der Rat der Stadt Riesa, am 10. Oktober 1922.

Amerikas Bemühen um die Erfundung der Weltfinanzen.

Nach einer Havas-Meldung aus New York erklärte der Washingtoner Korrespondent der „Newark World“, die amerikanische Regierung sei überzeugt, daß der Gipfelpunkt für einen ersten Versuch, die Weltfinanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen, gekommen sei. Die Regierung sei im Begriff, gewisse bestimmte Schritte im Hinblick auf die Regelung der Kriegsschulden zu tun, bevor sie mit den europäischen Nationen zusammen an der Wirtschaftskonferenz teilnehme. Die Regierung hoffe auch in Auge, der Einladung zur Londoner allgemeinen Finanz- und Industriekonferenz nachzukommen, die ihr wahrscheinlich zugesehen werde. Die amerikanische Regierung werde an den Beziehungen und Abmachungen der Konferenz sich beteiligen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß alles, was sie tue, der Genehmigung des amerikanischen Kongresses bedürfe. Zur Zeit besichtige man, 1. sich zu vergewissern, zu welchem Zeitpunkt der englische Schatzkanzler Horne eintreffen werde und was Großbritannien im Hinblick auf die Schuldensicherung zu tun bereit sei, 2. falls die englischen Vorstellungen mit den der amerikanischen Konditionenkommision aufgelegten Beschränkungen unvereinbar seien, den Kongress um Abänderung einiger dieser Beschränkungen zu erfragen. Nach einer Havas-Meldung aus New York hat Senator Lodge in einer Rede auf die internationale Schuldenfrage Bezug genommen. Es erscheine nicht als unvernünftig, wenn Amerika seine Schulden erlaube, angemessene Bürgschaften zu liefern, wogegen Amerika für die Schuldenzahlungen und den Zeitpunkt der Rückzahlung von Kapital und Zinsen sehr liberale Bedingungen gewähren solle.

Die Reparationskommission unter Barthou.

Dubois hat am Dienstag in der Reparationskommission offiziell sein Amt niedergelegt. Nach kurzer Ansprache stellte er seinen Nachfolger Barthou vor und empfahl, Barthou zum Vorsitzenden der Kommission zu wählen. Darauf erfolgte die Wahl einstimmig. Barthou dankte für das ihm erwiesene Vertrauen und eröffnete sofort die Arbeitssitzung der Kommission.

Die Reparationskommission beschäftigte sich hierauf mit dem ununterbrochenen Anwachsen der deutschen schwebenden Schulden. Nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 31. Mai sei Deutschland für die Zahlungen des Jahres 1922 ein Teilmotorium unter gewissen Bedingungen bewilligt worden. Eine dieser Bedingungen sei, daß die schwebende Schulde Deutschlands nicht den Betrag von 281 Milliarden Papiermark, also den Betrag vom 31. März 1922, überschreiten dürfe. Im Falle, daß diese Summe überschritten wird, müßt der Wehrbetrag durch Steuern oder innere Anleihen gedeckt sein.

Das Abskommen von Mudania.

Nach einer Havas-Meldung aus London verläutet aus Mudania, General Harrington habe Montag Vomid Pascha die mit den Generälen Charpy und Nombelli abgeschlossene Konvention mitgeteilt. Diese sehe die Wiederaufstellung Thraziens unter gewissen Bedingungen vor, namentlich unter der Voraussetzung, daß eine gemischte Kommission eine neutrale Zone zur Sicherung der Truppen und der Freiheit der Meerenge festlege. Vomid Pascha erklärte, er müsse der Regierung von Angora die Bedingungen unterbreiten und werde seine Antwort am 10. Oktober um 5 Uhr nachmittags mitteilen. Die Unterzeichnung des Protocols von Mudania wurde für Dienstag nachmittag erwartet.

Aus Athen wird gemeldet: In Thrazien macht sich ein immer stärker werdender Widerstand gegen den Räumungsbeschluß der Regierung geltend, während die Autorität sich von Tag zu Tag verringert. Die Verbündeten sind gezwungen, die Räumungsfrist von 30 Tagen auf 90 Tage zu verlängern.

Wie der Berichterstatter des „Newark Herald“ in Konstantinopel erfährt, ist in den letzten Tagen von Moskau aus und durch die Nationalisten aller unter britischer Herrschaft stehenden Länder des Ostens auf Kemal ein ungewöhnlicher Druck ausgeübt worden, um ihn zum Kriege zu treiben. Ägyptische und indische Revolutionäre in Moskau und Angora hätten Kemal Versicherungen gegeben, daß in Ägypten und Indien Aufstände austbrechen würden, wenn die Türken zum Kriege schritten, und der osmanische Vertreter in Angora habe das Verbrechen gegeben, daß die osmanische Armee die indische Grenze überschreiten würde. Auch die Araber in Mesopotamien und Syrien hätten alle Anstrengungen gemacht, um eine friedliche Regelung zu verhindern. Die orientalischen Extremisten, die den Sieg Kemals in einen allgemeinen Aufstand des Ostens gegen die Herrschaft des Westens umwandeln hoffen, stellen den Sieben als Vertrag des Türkens an ihrer Seite hin.

Der Moskauer Berichterstatter des „Newark Herald“ hatte eine Unterredung mit Nadeff über die Frage des Rates Ostens. Der russische Politiker erklärte ihm u. a. Russland unterliege die Türkei nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern aus egoistischen Gründen. zunächst müsse alles, was die vom internationalen Imperialismus ausgebauten Nationen des Ostens stärke, auch Sowjetrussland stärken, das im Schatten der gleichen imperialistischen Gefahr liege. In zweiter Linie sei Russland an der freien Durchfahrt durch die Meerenge interessiert und wünsche nicht, daß Schiffe mit Getreide, die nach den Höfen des Schwarzen Meeres bestimmt sind, oder daß Schiffe, die mit Petroleum aus dem Schwarzen Meer ausfahren wollen, am Eingang zu den Dardanellen angehalten werden. Die Note der Verbündeten an die Türkei ist nach Nadeff einfach ein Trick, der die Türken beruhigen soll, bis die englischen Verbündeten eingetroffen sind. Dann werde die internationale Konferenz die Dardanellen dem Völkerbund ausliefern, d. h. die englische Flotte werde die Türkei entwaffnen, eine Entschädigung eintrieben und die Kapitulation wieder einführen. Frankreich kenne die Schwäche des englischen Imperialismus. Es wäre, daß England an den Dardanellen augenblicklich bedeutend schwächer sei als die Türkei und daß diese ohne Zweifel den Übergang über die Meerenge erzwingen könnte. Aber der englische Imperialismus werde sich nicht nach der ersten Niederlage ergeben, denn seine Stärke sei ungeheuer, und er verstehe es, sie mobil zu machen. Da im Winter die Frage der nächsten deutschen Reparationszahlung an Frankreich herantrete, werde Frankreich wahrscheinlich die Schwierigkeiten im Nahen Osten in die Länge ziehen und so den Engländern genügend zu tun geben. Nadeff glaubt, daß England auf der Friedenskonferenz eine Verringerung des türkischen Heeres verlangen werde und zwar so weit, daß die Türkei im Interesse ihrer Selbstverteidigung nicht ihre Zustimmung geben könne. England wünsche die Krise solange hinauszögern, bis es an Ort und Stelle Verstärkungen habe. Lord Curzon würde inzwischen die russische Empfindlichkeit nicht verleugnen, denn er wisse, daß Russland in dieser Krise das entscheidende Wort sprechen könnte.

Dienstag vormittag wurde in London eine Kabinettssitzung abgehalten, die sich ausschließlich mit der politischen Lage im Nahen Osten beschäftigte. Nachmittags trat in der Wohnung Chamberlain ein Kabinettssaal zusammen, darunter Curzon, Balfour, Crawford und Lee. Die „Daily Mail“ bestätigt, daß Lloyd George trotz aller Angriffe, auch derartigen, die ihm nahe standen, nicht an seinen Rücktritt dachte, sondern bei der Eröffnung des Parlaments am 14. November seinen Kritikern entgegentreten wolle. Aus London wird heftigst gemeldet, daß Lloyd George am kommenden Sonnabend in Manchester eine Rede über die Lage im Orient halten werde. Aus Kreisen der Unabhängigen Liberalen verlautet, daß man die Neuwahl noch vor Ende dieses Jahres erwarten.

Der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften der parlamentarischen Gruppe der Labour Party und des Executive Committees dieser Partei beschlossen eine Kundgebung, in der es heißt: Der Generalsekretär ist überzeugt, daß die gegenwärtigen Ereignisse seinerseits Aulah an einem Kriege bieten. Denn alle grundlegenden Fragen können auf der Konferenz geregelt werden. Über die Kriegspartei im Schoße der englischen Regierung steht ihre Tätigkeit fort. Der Generalsekretär fordert daher die sofortige Demission des Kabinetts und die Wahl eines neuen Parlaments. Lloyd George ist die Antwort auf diese Kundgebung nicht lange sorgsam geblieben. Er ließ das telegraphische Protokoll der Besprechungen veröffentlicht, die er am 21. September mit 30 Mitgliedern des Generalrats der Gewerkschaften in der Downingstreet gehabt hatte, bei deren Schlus der Arbeitsführer Thomas dem Premierminister das Zeugnis ausstieß, er habe klar angegeben, daß er wirklich nur die Politik der britischen Arbeiterchaft erkläre und die Politik Lloyd Georges jenseits gemeinsamer Politik nennt. In seinen Antworten auf die Vorlegungen der Arbeitsführer betonte Lloyd George, daß die Regierung seine Politik des Krieges verfolge. Wenn sie energische Maßnahmen getroffen habe, so sei es gelungen, weil sie fest überzeugt sei, daß die Maßnahmen die Wirkung haben würden, einen Konflikt abzuwenden. Die Regierung habe den Griechen niemals auch nur einen Pfennig beigebracht und habe sie weder mit Geld noch mit Waffen unterstützt. Die Regierung habe erklärt, jedem Vorfall, der die Intervention des Völkerbundes betreffe, die englische Unterstützung zu geben. Die Weigerung, die Frage an den Völkerbund zu bringen, sei von den anderen Regierungen gekommen.

Der Schlesische Sejm eröffnet.

Dienstag nachmittag 4½ Uhr wurde in der Aula der Gewerkschaftsschule in Katowitz der erste schlesische Sejm eröffnet. Ministerpräsident Nowak verlas eine programatische Eröffnungsrede, in der er hervorhob, Polen betrachte Überschüsse als eine Perle in seinem Staatsverband und sei ernstlich bemüht, den wirtschaftlichen Nöten in Oberschlesien schnellstens abzuhelfen.

Pferde-Versteigerung.

Donnerstag, den 26. 10. 1922 kommen in der ehemaligen Pionierskaserne zu Riesa, Olshausenkraße, 2. Ausgabe zur öffentlichen Versteigerung. Käufer haben eine vom Landeskulturbund Sachsen ausgestellte Ankaufserlaubnis vorzulegen. Händler und Wiederverkäufer haben zur Versteigerung keinen Zugang.

Stellplatz: 11 Uhr vorm. am Stallgebäude.

Die Befreiungsvorlage vom Reichskabinett angenommen.

In der gestrigen Kabinettssitzung wurde die vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Befreiungsvorlage beraten und angenommen. In der Vorlage sind die bisherigen Teuerungszölle in die Grundzölle und Ortszölle eingebaut. Die Ortszölle sind mit Rücksicht auf das inzwischen in Kraft getretene Reichsmietengesetz und als Erlass für die bisherigen widersprüchlichen Wirtschaftsbehörden entsprechend erhöht worden. Dem wiederholten Wunsch des Reichstages nach vermehrter Verhöhlung der sozialen Befreiungsvorlage entsprochen. Die Kinderzölle erhöht als die Grundzölle und außerdem ist für die verheirateten Beamten die Gewährung eines um 3 vom Hundert höheren Teuerungszölles vom Grundzöll und Ortszöll in Aussicht genommen. Die Kinderzölle bleiben noch wie vor für alle Beamtengruppen gleichmäßig hoch. Für die Pensionäre sind die entsprechenden Befreiungen geogen worden. Das gleiche gilt für die Witwengeld soll von vier Zehntel auf sechs Zehntel des Grundzölls erhöht werden, dafür sollen die Witwen in Zukunft nur den allgemeinen Teuerungszöll an ihrem Witwengeld erhalten.

Die Vorlage ging noch gestern dem Reichstag zu und soll dem Reichstag bei seinem Sitzungentreten am 17. d. M. bereits vorliegen.

Die Reichspräsidentenwahl.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Kreisen der Zentrumspartei, die sich mit der Wahl des Reichspräsidenten beschäftigt. Der Vorschlag, einen bürgerlichen Sammellandkandidaten anzustellen, wird darin verworfen. Es müsse schon an der Präsentationsfeier teilnehmen. Im übrigen würde dadurch bei der ungeeigneten Gelegenheit der Streitpunkt außer Acht gelassen. Daher kommt dem zukünftigen Präsidenten, der doch über den Vorträgen stehen sollte, allzu leicht der Stempel eines Parteimannes aufgedrückt werden. Es wäre am besten, alles Parteidoktrinen aus dieser Wahl zu verbannen und zu verhindern, den geeignetesten Mann an jene verantwortungsreiche Stelle zu bringen. Die Zuschrift kommt zum Schluß, daß Ebert, der stets bestrebt gewesen sei, ein wirklicher Präsident und kein Parteimann zu sein, als Kandidat der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes gelten könnte. Die „Germania“ erklärt in einer Bemerkung zu dieser Zuschrift, daß sie den Bestrebungen, die auf eine gemeinsame Kandidatur Ebert hindringen, baldigen Erfolg wünsche.

Wie der „Volksanzeiger“ aus volksparteilichen Kreisen erfährt, wird die Deutsche Volkspartei erst in den nächsten Tagen entscheidend zur Frage der Wahl des Reichspräsidenten Stellung nehmen, nachdem der Parteiführer Dr. Stresemann nach Berlin zurückgekehrt sein wird.

Auf dem demokratischen Parteitag sprach der Vorsitzende Senator Dr. Petersen dem Reichspräsidenten den Dank der Demokratischen Partei für seine ausgezeichnete Führung der Geschäfte aus, besonders auch für das deutsche Denken und Handeln. Er sprach die Hoffnung aus, daß Ebert wieder zum Reichspräsidenten gewählt werde. Die Auseinandersetzungen riefen einen spontanen Beifallsturm hervor.

Eine neue deutsch-französische Wiederaufbaugruppe.

Aus Hamburg wird gemeldet: In der Börse hatten hamburgische und norddeutsche Industrie eine Beipreisung wegen der Errichtung einer neuen deutsch-französischen Wiederaufbaugruppe für Hamburg und Norddeutschland. Mit französischen Mandatären ist bereits in Paris verhandelt worden; es soll die Gründung einer Interessengemeinschaft verbindigt sein. Es soll insgesamt die Aufnahme von 600 Millionen Fr. in Betracht kommen.

Ein weiteres Sachverständigungsabkommen. Der Deutsche Industrieverband, Sitz München, hat mit großen französischen Wiederaufbaugruppen zur Durchführung eines Sachverständigungsabkommens Verhandlungen eingeleitet, die vor dem Abschluß stehen. Das Abkommen, das in erster Linie für die süddeutsche Industrie unmittelbare Auftragsetzung sieht, bietet hierin besondere Vorteile. Zunächst sind sofort bedeutende Aufträge an die Baumarkt und verwandten Unternehmen zu vergeben.

Die Frankreichkreise der deutschen Industrievierteler. Die deutschen Industrievierteler, die in das französische Wiederaufbaugebiet reisen, werden voraussichtlich am 19. oder 20. d. M. die Fahrt antreten.

Weshalb Ruzland den Urquhart-Vertrag verworfen hat.

Über die Gründe der Verwerfung des Urquhart-Vertrages durch den Staat der Volkskommissare bat am Dienstag Litwinoff einer Versammlung von Presse-

Vertretern in Berlin eingehende Ausschüsse gegeben. Er führt dabei aus, daß grobenteils politische Gründe die Unterzeichnung veranlaßt hätten. Russland habe sich darin zu schweren wirtschaftlichen Opfern bereit erklärt in der Voraussetzung, daß die Zustimmung eines der bedeutendsten Gläubiger Russlands, der fast 80 Prozent aller englischen Forderungen in seinen Händen vereinigt, erheblich zur Besserung der Beziehungen zwischen den russischen und den englischen Regierungen beitragen und die Aussichten auf die endgültige Regelung ihrer Wechselseitigkeiten verbessern werde. Der Besluß der Pariser Konferenz, der darauf hinauslaufe, Kerna zu bestimmen, die Sowjetrepublik von der Konferenz über Fragen des Nahen Ostens, die für die Schwarze Meerstaaten selbstverständlich von ganz besonderem Interesse seien, ausdrücklich und die Russen als ein im höchsten Grade feindseliger Akt bezeichnet werden, der den Anfang eines neuen Kampfes gegen seine vitalsten Interessen bedeute. Obgleich Russland im Hinblick auf den russisch-türkischen Vertrag und seine enge Freundschaft mit der Angora-Regierung keinen Angriffen daran geweckt hätte, daß die Türkei ein solches Risiko aufzuweisen würde, habe doch die bloße Tatsache, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages mit Urquhart mit Zustimmung Englands ein solcher Besluß gefaßt werden konnte, der absolut keine Besserung der Beziehungen bewirkt. Russland im höchsten Grade überrascht. Aus dem Umstande, daß die Pariser Konferenz, die diesen Besluß laute, auf Initiative der englischen Foreign Office stattfand, sowie aus verschiedenen anderen Informationen entnehmen die russische Regierung, daß im englischen Kabinett die Tendenzen jener Regierungsmitspieler die Oberhand gewonnen hätten, die die Wünsche Lloyd Georges nach Wiederherstellung normaler Beziehungen mit Russland keineswegs teilten, und daß der in Paris gegen Russland ausgefüllte Schlag den Beginn einer neuen Politik Englands in der russischen Frage kennzeichnete. Das Hauptziel des Vertrages mit Urquhart, nämlich die Besserung der anglo-russischen Beziehungen, sei damit fortgefallen, und die Revision des Vertrags habe nunmehr noch rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen müssen, womit das Endziel des Vertrages besiegt gewesen sei.

Litvinoff hat entgegen den ursprünglichen Dispositionen seine Rücktritte nach Moskau verschoben auf Grund neuer Instruktionen aus Moskau, die mit der Möglichkeit neuer Verhandlungen über den Urquhart-Vertrag zusammenhängen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich in den nächsten Tagen nach London begeben wird.

Demokratischer Parteitag.

Auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld führte Reichstagsabgeordneter Sas zur Frage der Arbeitsgemeinschaft u. a. aus, dieß könne und solle nichts anderes sein als eine Gemeinschaft von Parteien, die gewiß seien, auf dem Boden der Demokratie zu arbeiten, sich für sie einzusegen und zu räumen. Die Gefahr, daß durch die Arbeitsgemeinschaft eine Rechtspolitik eingeführt werde, sei schon dadurch vermieden, daß man ja mit Sozialdemokraten und Zentrum in der Regierung zusammen sei. Resolutionen zur Frage der Arbeitsgemeinschaft zu fassen, seiwertlos; es handle sich heute darum, die Mächtigen Petersens zu befolgen, denn in der Sache selbst besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit mehr. Der Redner schlug deshalb vor, es bei folgendem Beschuß zu bewegen: Der Parteitag hat die Ausführungen des Parteivorstandes mit Genugtuung entgegenommen und billigt sic. — In der Nachmittagssitzung wurde u. a. der Antrag angenommen, der zur Unterstützung der Presse fordert: Herausstellung der Angeklagten, Bereitstellung von monatlich 75000 Raummetern Flächenboden zur Herstellung des erforderlichen Zeitungsbuchdruckers zum Preise von 2000 Mark je Raummeter und Verstärkung der Rückvergütungskasse. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Senator Dr. Petersen wiedergewählt, zum Vorsitzenden des Parteivorstandes Elterken.

Prozeß Hachenbach.

Im Verhör des Angeklagten Lemke wird diesem gestern mit ziemlicher Sicherheit nachgewiesen, daß er die an das Rotterdam Büro gelieferten sensationellen Nachrichten erstanden hat, so u. a. das angebliche Prototyp einer Stellung einer rechtstradikalen Vereinigung, in der auf die Wiederherstellung der Monarchie gerichtete Pläne beschlossen worden sein sollen. Nach Übermittlung dieses Prototyps, das von der Londoner Central des Transatlantic für besonders interessant gehalten wurde, wurden Lemke für ähnliche Berichte besondere Honorare in Aussicht gestellt. Am 3. Juli, dem Tag der Verurteilung Peppertings wegen Hochverrats, hat Lemke seine Verchriftstaltung für das Büro eingetragen, aber später wieder ähnliche Berichte wie früher an Dr. Gargas geleistet. In früheren Berichten hatte Lemke dem Dr. Gargas angebliche Pläne der Nationalisten zur Errichtung des Reichspräsidenten und zur Veranstaltung von Pogromen mit-

geteilt. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, ob er nicht daran gedacht habe, daß er dem Vaterlande Schaden zufüge, wenn er in ausländischen Zeitungen Berichte über die Verbrennung der schwärz-roten Fahne auf dem Bahnhofsvorplatz in München verbreite. Lemke hatte hinzugefügt, dieser Vorschlag sei typisch für die Sichtung des deutschen Volkes. Einem ausländischen Blatte gegenüber erbot er sich zu vertraulichen Informationen über Reichs- und Landespolitik. Der Staatsanwalt erläuterte hierauf, daß er die Anklage auf einen weiteren von Hachenbach an Dr. Gargas erstatteten Bericht ausdehne, woraus Dr. Gargas mitteilte, er habe von den Berichten Hachenbachs im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß dabei die politische Leidenschaft ausschlaggebend gewesen sei. Die Verhandlung geht weiter.

Rathenau-Mordprozeß.

Im Rathenau-Prozeß sagte am Dienstag der Kraftwagensünder Albert Bubus aus Freiburg, der bei dem Vater Nächstenmeisters angestellt war, er habe im Auftrage Chauffeur ihn und einen jungen Freund fahren sollen. Vorsitzender: Was das Techow? — Zeuge: Jawohl! Vorsitzender: War noch jemand dabei, etwa Brand? — Zeuge: Nein! Ich hörte Techow zu Nächstenmeister sagen, da wird die vordere Nummer verbündet, die hintere auch oder sie wird abgeschraubt. Als Techow mich bemerkte, sagte er zu mir: Nicht wahr, so macht man das, wenn man ein Auto kiebt! Ich erwiderte: das weiß ich nicht, ich habe noch keine geköhnt! Später in Dresden hörte ich, daß Techow zu Brand davon sprach, daß zum nächsten Waffenladen gefahren werden sollte. — Angeklagter Techow: Auf die erste Neuherbung kann ich mich nicht besinnen, wenn ich sie getan habe, sollte ich sich auf das betreffende Gebiet beziehen. Die andere Neuherbung kann ich schwerlich gemacht haben. — Vorsitzender: Zeuge, Sie sind ganz sicher, daß von einer Waffenhandlung gesprochen wurde? — Zeuge: Jawohl!

Im weiteren Verlauf des Rathenau-Prozesses sagte als Zeuge das Mitglied des Bundes der Autorennen, Gymnasiast Stubeck, der beschuldigt wird, einen eigenen Mordplan ausgearbeitet zu haben, aus, er habe mit Günther nur theoretisch über die Errichtung von Rathenau gesprochen, die nur als äußerstes Mittel in Betracht kommen sollte. Er habe in diesem Zusammenhang gesagt, der Täter müsse den Minister Auge in Auge erscheinen und dann sich selbst Günther habe von der Wohnung des Kommerzienrats Mamroth als Tatort gewünscht. Der Zeuge sagt weiter aus, er habe Günther förmlich um die Hilfe der Organisation C zur Ausführung seines eigenen Mordplanes gebeten, doch habe er sich auf diese mit einem Revolver verschossen wollen. Bei einer Unterredung sei sein Plan von den Mitgliedern der Organisation C Kern und Fischer, deren Namen er damals nicht kannte, verworfen worden. Der Angeklagte Günther holt aus, er habe den von Stubeck als theoretisch bezeichneten Plan ernst genommen. Die Verbindung des Zeugen Stubeck wurde wegen Verdachts der Teilnahme ausgesetzt.

Im weiteren Verlauf des Prozesses sagt die Zeugin Bürfel aus, Bötsch habe aus Angst, ermordet zu werden, bei Belohnungen der Tat nicht anzeigen wollen, daß er den mutmaßlichen Mörder unterkunft gewährt habe. Es folgen Verneinungen über die Mitwirkung am Mordplan und an dem Verbleib der Koffer des Täters. Der Verteidiger Dr. Greiving macht die Mitteilung, er habe versucht, daß der bei Bötsch untergestellt gewesene Koffer dem Staatsgerichtshof zugestellt werde. Der Koffer sei gestern früh überbracht worden. Dieser Koffer wurde ebenfalls vorliegt. Alsemann erklärte, er sei durch die Ahnung von der Täterschaft Kerns veranlaßt worden, den Koffer zu beobachten, nicht aber im Interesse Kerns, sondern in seinem eigenen Interesse. Auf die Frage, wer den Koffer aufbewahrt habe, verweigerte der Angeklagte die Aussage, ebenso darüber, wodurch ihm der Verdacht der Täterschaft Kerns kam. Der in Rostock aufgegebene Koffer wird als der zweite Koffer Kerns angenommen. — Der Zeuge Hermann Junk übernahmte nach einer Sonnenblende in der Nacht vom Sonntag zum Montag bei seinem Freunde Ilsemann. Über den Verbleib des Koffers verwieserte er die Aussage, weil er sich nicht nochmals einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen wollte. Die weitere Verneinung ergab, daß am Sonntagmorgen eine dritte Person, deren Name weder Ilsemann noch der Zeuge nannte, zu Ilsemann kam und im Auftrage Kerns nach dem Koffer fragte, woraus Ilsemann erwiderte: Es ist nicht bei mir, sondern bei Bötsch. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge die Aussage über die dritte Person im Interesse Ilsemanns verweigerte, erklärte dieser ebenfalls keine Auskunft, erklärte aber, unter den Angeklagten befindet sich die Person nicht. Die Zeugen Böde, Junk und Frau Bürfel werden nicht veredelt.

Im Fall Tilleßen wird der Zeuge Brüdlig aus Frankfurt a. M. vernommen. Er sagt aus, daß er keiner politischen Partei angehört. Früher sei er Mitglied der USP gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden: Was wollten Sie denn bei Tilleßen? antwortet der Zeuge: Ich

wollte Ihnen lernen. Er fragte mich, ob ich gewaltätig sei. Als ich dies bejahte, sagte er: Dann können wir offen sein. Es handelt sich um die Organisation C. Mein Name allein ist noch ein Geheimnis. Was kann die Geheimnisse nur besser, wenn die Arbeiterschaft produziert wird. Dann ging er zum Schreibtisch, holte das Bild seines Bruders und legte: Das ist mein Bruderchen, er hat das erste Schwein getötet. Darauf machte er mir das Angebot, als Spiegel tätig zu sein. Dieses Angebot nahm ich an. Warum, weiß ich noch nicht. Um 11 Uhr war die Unterredung, um 2 Uhr fuhr ich nach München. Ich erhielt 2000 M., von denen ich einen Teil meiner Frau gab. In München ludte ich Kapitänleutnant Hoffmann auf, der sagte: Wenn Ihnen Sie nicht, wissen Sie ja, worum es sich handelt. Ihre Tätigkeit würde darin bestehen, die Arbeiterschaft zu propagieren, nur auf diesem Wege ist ein Umsturz herbeizuführen. Die Arbeiterschaft würde gereizt werden, wenn Scheidemann, Rathenau, v. Giesch und andere — die Namen sind mir nicht mehr im Gedächtnis — ermordet würden. Ich sollte vor allem Tilleßen persönlich zur Verlobung stehen.

Vorsitzender: Gaben Sie sich den Anschein, mit der Ermordung Rathenau einverstanden zu sein?

Zeuge: Ich hörte nur zu; solche Dinge hatte ich nicht erwartet. Ich befand dann etwas über dreitausend Mark und fuhr nach Frankfurt a. M. zurück. Dort ging ich zur Medaillon der „Volkstimme“ und fragte, was zu tun sei. Wir begaben uns daran zum Polizeipräsidienten Euler, der erklärte, vorläufig nichts tun zu können. Ich sollte ver suchen, mehr zu erforschen. Damit begann meine Spionage. Ich übernahm sie, weil mir der Volkspresident und die Redakteure moralische Deckung ver sprachen. Ich ging darauf zu Tilleßen, der mich mit einem unbekannten Begleiter nach Berlin schickte. Dieser brachte mich dort in einem Lokal mit einem dritten Mann zusammen, der mir vertraute. Daran mußte ich entnehmen, daß er wußte, ich sei in Tilleßens Diensten. Da ich angab, mit den Kasseler Verhältnissen vertraut zu sein, fuhr der Unbekannte mit mir nach Kassel. Ich gewann den reizvollen Ein druck, daß irgend etwas passieren könnte oder müsse.

Verteidiger Dr. Bürgelmann: Die Zeugenaussage gibt die Erklärung ab, daß der Angeklagte Tilleßen besondere Wert darauf legt, dem Deutschen Prüdigman abzuhelfen gegenübergestellt zu werden. Das, was Prüdigman bis jetzt beobachtet habe, widerspricht dem A bis Z der Wahrheit.

Zeuge Brüdlig: Meine Angaben sind vollkommen wahrheitsgemäß und enthalten nicht einmal alles das, was Tilleßen gesagt hat. Ich nehme sie jederzeit auf meinen Eid.

Um 2½ Uhr wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Führer der Organisation Oberland verhaftet.

Auf Veranlassung der Münchener Staatsanwaltschaft sind die Führer der Organisation Oberland, Hauptmann Römer und Dr. Bartsch, sowie noch eine dritte Verbrecherlichkeit verhaftet worden. Nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ soll die Verhaftung wegen Aufrüttung politisch prominenten Persönlichkeiten erfolgt sein.

Zum „Abenteuer“ des Angeklagten Voß.

Bei der Angelegenheit des Angeklagten Voß, der nach Berliner Berichten in einer Weinküche einen Zusammenstoß gehabt haben sollte, erschien die „S. A. R.“ aus leitenden Kreisen des Berliner Polizeipräsidiums folgendes: Der Vorfall, wie er durch einen Teil der Presse gegangen ist, ist in hohem Maße übertrieben. Voß selbst, der wohl eine Darlegung der Angelegenheit gegeben hat, übersteigt gern und liebt es, sich in den Mittelpunkt zu stellen. Die bisher angekündigten Ermittlungen haben ergeben, daß es höchstwahrscheinlich um eine sogenannte „betrunke Sache“ handelt, und daß von irgendwelchen politischen Motivenaten nicht die Rede sein kann. Dem „Abenteuer“ darf also keine übertriebene Bedeutung zugeschrieben werden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Am Tage nach dem Isolamentritt des Reichstages wird sich der Reletenstaatsdienst versammeln, um zu prüfen, ob mit Rückflug auf die Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen die bisherige Zusammenarbeit des Präsidiums beizubehalten ist. Der Reichstag wird zunächst nur etwa acht Tage zusammenbleiben und am 25. Oktober wegen des deutsch-nationalen Parteitages in Görlitz seine Sitzungen für mehrere Tage unterbrechen.

Die Konservativen Rheinlandkommission hat in Sohn Smeets beschlossen, daß das Verfahren einzuhüllen sei und daß, wie schon gemeldet, Smeets seine Gesamtstrafen nicht abschaffen habe. In der Begründung des Beschlusses wird u. a. ausgetragen, daß Smeets im allgemeinen wegen Brechdelikten von Deutschland verfolgt werde, und daß diese nur von minimärer Bedeutung seien. Die Rheinlandkommission müsse aber Personen schützen, welche wegen der Dienste beunruhigt würden, die sie der Besatzungsmarine geleistet hätten.

Baron Paul sprang von seinem Sitz auf, mit großen Schritten durchmehrte er das Zimmer. Endlich, nach geradem Weise, blieb er am Fenster stehen, sein unruhiges Gesicht heiterte sich allmählich wieder auf; er schien einen Entschluß gefasst zu haben.

In demselben Moment wurden Schritte laut. Mintrop lehnte zurück.

„Rin?“ fragte der Baron, den die ernste Miene des Eintrenden beeindruckte, hastig.

„Wie wie es voraussehen, ist's geschehen: er war bereits tot.“

„Sst er plötzlich gestorben, oder hatte er noch Zeit?“

„Sie dürfen ohne Sorgen sein, ich habe mich sehr genau erkundigt, er hat keine Entwicklungen genutzt.“

„Und sein Nachah?“

„Gleich null; ein alter schäßiger Anzug, weiter nichts!“

„Um so besser,“ sagte der Baron mit einem tiefen Atemzug. „Von ihm haben wir also nichts mehr zu befürchten.“

„Und Sie sparen das Geld für die italienische Reise.“

„Auch das; es wäre ohnedies weggeworfen gewesen. Hat Sie die Sache so sehr angegriffen?“

„Spotten Sie nicht,“ entgegnete Mintrop ernst, „der Tod ist ein innerbürgerlicher Mahner, er weckt Erinnerungen, über die man längst Gesetz gewachsen wähnt.“

Baron Paul zuckte geringfügig mit den Achseln und brach das Gespräch ab.

„Es ging bald darauf in den Pferdestall, um dort einige Befehle zu geben.“

12. Kapitel.

Die Einsicht stürzte Paul, wie der Doktor es vorangegangene sagten hatte, rasch fortgeschritten, schon jetzt dachte der Patient mit Bangen an den Tod, an dem er das gesuchte Haus wieder verlassen mußte. Hätte er früher diese Sünde begegnet, so wußte er sie nun in weite Ferne hinausgerückt, der Gedanke, sie von Elena trennen zu müssen, war ihm unerträglich.

Daran, daß bis selben jungen Herzen sich finden könnten, hatte der menschenfreundliche alte Herr wohl schwierig gedacht, er möchte auch jetzt noch keine Ahnung davon haben, denn sein Sohn, sein Sohn musste es sein.

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ernold Aug. König.

„Sie vergessen nur eins,“ sagte Mintrop mit einem sehr bedeutungsvollen Lächeln, „die Möglichkeit, daß ich bei dieser Gelegenheit mit dem Doktor Grossinger zusammentreffen kann.“ „Ich hoffe, das wird sich vermeiden lassen,“ erwiderte der Baron. „Sollte es aber der Fall sein, so kennen Sie ja die Rolle, die Sie spielen müssen. Ich vertraue darauf, daß Sie Ihre eigenen Interessen im Auge behalten und unserem Glücktriumf treu bleiben.“

Trotz dieser mit großer Sorgfalt ausgesprochenen Behauptung war der Baron doch nicht zuvrig, als sein Verbündeter ihn verlassen hatte.

Wenn Schöller auch ohne ein Bekennnis abzulegen gestorben war, so hatte Paul doch an Mintrop immer noch einen gefährlichen Gegner, und es kam nur auf die Vernehmungen an, die diesem gemacht wurden, um ihm zu bestimmen, ins feindliche Lager überzugehen.

Der Baron hätte längst die Heimreise angetreten, wenn die Schöller betreffende Angelegenheit durch dessen Tod erledigt gewesen wäre, aber er wagte nicht, vorher nach Lindenwalde zu reisen, denn er fürchtete, daß Mintrop ihm dahin folgen werde. In Lindenwalde befand Kretz noch viele Freunde; er suchte Mintrop das und setzte er sich mit diesen in Verbindung, so war es sehr wahrscheinlich, daß der verstoßene Sohn in die Arme des Vaters zurückgeführt wurde.

Und was dann weiter geschah, darüber mochte Paul nicht nachdenken, ihm gräute vor der Zukunft, der er alldamals entgegenging.

Er bereute nicht, was er gefälscht hatte, gleichwohl diente es ihm seinem Gemüse gegenüber eingeschlagen zu beruhigen, daß er den größeren Teil der Schuld auf Mintrop wälzen konnte.

Er hatte diesen Mann auf der Universität kennen gelernt; wie so mancher andere unterschreibt Student war auch er mit ihm befreundet. Hauptschuld trug er jedoch nicht.

ihm nicht mehr von der Seite, seitdem er die Freigebigkeit seines neuen Freundes kannte.

In einer vertraulichen Stunde waren die Majoratsverhältnisse gut Sprache gekommen. Paul beklagte sich bitter darüber, daß er hinter seinem Bruder zurückstehen sollte und zwar nur deshalb, weil dieser vor ihm geboren war. Der Bruder erholt nach dem Tode des Vaters das große Erbe mit seinen reichen Einkünften, er selbst nur eine Spalte, die nicht hinreichend, seine Bedürfnisse, so wie er es wünschte, zu decken.

Die Notwendigkeit, ein Amt zu suchen, um dadurch seine Einkünfte zu verbessern, behagte ihm nicht, er wollte sein eigenes Herz bleiben, er war ganz dazu angelegt, den reichen, vornehmlichen Wohlgezügern zu spielen, und dies sollte ihm versagt bleiben, weil sein Bruder nie, um so rascher gelang es ihm, die Stimme seines Gewissens zu überwinden.

Unterstützt von dem Gelde Pauls, hatte Mintrop seinen Plan mit dem gewünschten Erfolg ausgeführt und später auch den vertraglichen Vohn empfangen. Damit war er verschwunden, der Baron fand sich so lächerlich fühlen.

Und jetzt? So lange Mintrop lebte, stand Paul sicher keine Rühe vor ihm.

So lange er lebte! Der Baron stützte das Haupt auf den Arm und blickte starr vor sich hin, in seinen dunklen Augen loderte verzehrende Glut.

Schöller war jetzt wohl definitiv besiegt, wenn nun auch der Mann Mintrops nie immer verstimmt, dann konnte keine Hand mehr den Schleier heben, der auf der Vergangenheit ruhte.

Ja, wenn er verstimmt! Wenn!

Internationales Freihandelskongress. Vom 28. bis 25. Oktober veranstaltet der Deutsche Freihandelsbund in Gemeinschaft mit dem englischen Cobdenclub einen internationalen Freihandelskongress.

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz. Am 18. d. M. beginnt in Basel im großen Saal des 10. Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz (Sekretariat in Basel). Gegenstände der Tagesordnung bilden die Betriebszüge, der Schutz der Angestellten und Dienstleister, die Ratifikation der Arbeitsschutzverträge von 1919 und 1921.

Der österreichische Ausbau des sozialen Rechts. Am Dienstag einen Antrag der Koalitionsparteien an, wodurch in Erweiterung der bisherigen Notstandsmassnahmen 200 Millionen Mark zur Unterstützung von Personen, die ohne eigenen Verdienst in ihrer Lebenshaltung auf das äußerste gefährdet sind, bewilligt werden. Die Unterstellungen sollen insbesondere zur Beschaffung oder Verbilligung von Lebensmitteln und Gegenständen des notwendigen Bedarfs dienen.

Republik Österreich.

Die deutschen Abgeordneten von Südtirol veröffentlichten einen Aufruf an das deutsche Volk von Südtirol, in dem sie an ihre Wolltätigkeit des Friedensinneren und der deutlichen und der italienischen Bevölkerung erinnern. Dies sei jedoch nur zwischen Freien und Gleichberechtigten, nicht aber zwischen Feinden und Gefechteten möglich. — Wie aus Innsbruck gemeldet wird, veranlasste anlässlich des Jahrestages der Unionierung von Südtirol der Andreas-Hofer-Bund eine Protestkundgebung.

Amerika.

Die deutsch-amerikanische Kommission zur Entscheidung der Kriegsschäden vertrat nach einer kurzen Sitzung ihre Handlungen bis zum 1. November, um die Ankunft des deutschen Vertreters Rechtsanwalt Kieselbach abzuwarten.

Döbeln und Sachsen.

Niela, den 11. Oktober 1922.

*** Kartoffelpreisnotierung der Kartoffelpreisnotierungskommission für den Kreisamt Sachsen vom 9. Oktober: 350 bis 380 M. für weiße, rote und gelbe Kartoffeln.**

*** Anmeldung der nächsten Ostern schulpflichtig werdenden Kinder. Wie man hören, wird in diesem Jahre die Anmeldung der Ostern 1923 schulpflichtig werdenden Kinder schon in den ersten Tagen des November vorgenommen werden, da das Ministerium bald übersehen will, ob wegen des Kindertagsanges vielleicht Lehrerstellen einzurichten sind.**

*** Zur Sicherung der Not der Kleinrentner. Am Ende des Monats November sind von einigen Herren zur Sicherung der großen Not der Kleinrentner 1100 Mark gesammelt und an den Stadtrat abgeliefert worden.**

*** Die Mittelstandsvereinigung gegen die bürgerlichen Querlisten. Von der Mittelstandsvereinigung in Sachsen wird geschrieben: Durch die Tagessitzungen geht die Nachricht, daß der preußischen Mittelstandsparität angehörige Abgeordnete Drewitz für eigene mittelständische Interessen zur Landtagswahl wirke. Nachdem bereits die maßgebenden Organisationen des Handwerks und Haushaltshilfs diese verderbliche Eigenbräde entschieden missbilligt haben, erübrigte es sich fast, der Reichsfürst ausdrücklich mitzutunstellen, daß die Sächsische Mittelstandsvereinigung diesen Sonderbestrebungen völlig fernsteht. Sie fordert ihre Mitglieder auf sich durch Querlisten nicht verleiten zu lassen, vielmehr ihre Stimme einer der großen bürgerlichen Parteien zu geben. Der Stand steht links.**

*** Abwehr des Evangelischen Bundes. Der Landesverein Sachsen des Evangelischen Bundes schreibt unter anderem: „Der Evangelische Bund zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen, der gegen die Schul- und Friedhofsverordnungen des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts protestiert hatte, wird vom Staatsminister Flehme in einem Ausschuß der Sächsischen Staatszeitung der Wahlmacht bezeichnet. Der Evangelische Bund bedauert natürlich, daß der Minister all die schweren Proteste, von denen jetzt die bürgerliche Presse überlebt, nicht als das versteht, was sie sind, nämlich als den Rotschrei einer verlegten Bevölkerung.“ Der Evangelische Bund stellt noch einmal fest, daß die Handlungswelt des Ministeriums die Verfassung und die in ihr gewährleistete Religionsfreiheit aufsieht und meint, daß das Ministerium Berufung auf das Sächsische Übergangsgesetz den Standpunkt der Regierung nicht stütze.**

*** Straßenverkehr. Mit Gültigkeit vom 20. Oktober dieses Jahres werden folgende Tarifkartenpreise an Stelle der bestehenden Sätze eingeführt: 1. Klasse 1200 M., Vormergebühren 120 M., 2. Klasse 600 M., Vormergebühren 60 M. und 3. Klasse 380 M., Vormergebühren 38 M. Diese Preise gelten für alle im Reichsbahngesetz laufenden Schlafwagen.**

*** Ausländer-Schulgeld in Sachsen. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat das Kultusministerium das Schulgeld für Ausländer an den höheren staatlichen Schulen auf 12000 Mark jährlich erhöht, Aufnahme- und Abgangsgebühren auf 1000 und 600 Mark. Da die entsprechenden Gebühren für Deutsche 2400, 200 und 120 Mark sind, entspricht das Ausländer-Schulgeld nicht im entferntesten der Wahrheit.**

*** Ein neuer Ausnahmetarif für Kartoffeln. Für Verbraucher, die Kartoffeln von auswärtigen beziehen, ist es wesentlich, daß vom 25. September 1922 ab auf den Strecken der Reichsseilbahnen neben dem noch in Kraft befindenden Kartoffelausnahmetarif 10 ein neuer Tarif (Nr. 15) in Kraft getreten ist, der zunächst bis zum 31. Dezember Gültigkeit hat. Der neue Tarif bietet einen erheblichen Nachteil der Fracht für frische Kartoffeln, er setzt allerdings voraus, daß der Absender die Sendung frei macht. Der Frachtbrief muß den Zusatz enthalten „zur Verwendung im Deutschen Reich“. Es ist deshalb allen Verbrauchern zu empfehlen, für den Bezug von Kartoffeln mit dem Absender zu vereinbaren, die Sendung frei zu machen und den bezeichneten Zusatz im Frachtbrief einzufügen. Die mit dem 1. Oktober eingetretene allgemeine Erhöhung der Gütertarife findet auf frische Kartoffeln keine Anwendung. Für frisches Obst und Früchte ist ebenfalls eine Frachtermäßigung eingetreten.**

*** Die Deutsche Demokratische Partei in Sachsen hat im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Blauen an erster Stelle Kultusminister a. D. Dr. Seifert, an zweiter Stelle Staatsminister a. D. Günther Blauen und an dritter Stelle Fabrikbesitzer Dr. Dennerding-Glauchau aufgestellt. Der Erste und Dritte war bereits im Sächsischen Landtag, Herr Günther in der Volkskammer.**

*** Wahlrecht ist Pflicht! Keine deutsche Frau und kein deutscher Mann darf versäumen, im Laufe dieser Woche die Wahlurne anzutreten, damit sie am 5. November mit dem Stimmzettel für eine Besserung der jetzigen Verhältnisse eintreten können.**

*** Die Teuerung im September. Die vom Statistischen Bundesamt für jeden Monat ermittelten sächsischen Teuerungszahlen haben im September 1922 eine ganz außerordentliche Steigerung erfahren. Die durchschnittliche Teuerungsrate der am teuerungsstatistischen „Globus“ beteiligten Gemeinden (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bautzen, Annaberg, Auerbach, Sebnitz, Grimma) betrug im September 10,800 Mark gegenüber 8,808 Mark**

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 2596 Mark.

im August. Das bedeutet eine Erhöhung von 64,4 Prozent, gegen 41,9 Prozent vom Juli zum August. In der Vorfreizeit (Durchschnitt 1913/14) beliefen sich die Kosten des der Teuerungszahl zugrunde gelegten Güterbedarfs, der die Ausgaben einer fünfköpfigen Familie für Grundrente, Haltung, Beleuchtung und Wohnungsmiete in vier Wochen umfaßt, 90,8 Mark. Wird diese Vorfreizeitsteuerungszahl gleich 100 gesetzt, so ergibt sich auf dieser Grundlage für August als Indexzahl der Lebenshaltungskosten 6042, für September 19415. Die durch die Teuerungsstatistik erreichten Lebenshaltungskosten sind somit bis September 1922 auf mehr als das 114fache gestiegen. Noch stärker hat sich die Indexzahl für die Ernährung erhöht, nämlich bei nahe das 154fache.

*** Verbot der Metallklammern zum Verschluß von Briefsendungen. Durch die Verwendung von Metallklammern mit scharfen Spangen zum Verschluß von Briefsendungen – besonders von Warenproben – sind schon wiederholte Verlegerungen von Postbeamten an den Händen verhindert worden. Da derart verschlossene Sendungen auch von den fremden Postverwaltungen bearbeitet werden, dürfen, wie die „Reichspostzentrale für Deutsche Verkehrsverbünde“ mitteilt, künftig nur noch Klammern mit abgerundeten Enden zum Verschluß von Briefsendungen des Inlands- und Auslandsverkehrs benutzt werden. Um das Aufbrauchen vorhandener Klammern zu ermöglichen, soll die Verwendung von Klammern mit scharfen Spangen bis Ende d. J. gestattet werden, wenn die Spangen so umgelegt werden, daß eine Beschädigung der Beamten ausgeschlossen ist.**

*** Die Post und das Notgeld. Der Reichsfinanzminister hat die Reichspostkasse angewiesen, auf höhere Entschuldigung, die zunächst bei den einzelnen Oberpostdirektionen liegt, daß in Umlauf befindliche Notgeld, das am 14. November auszuhören sollte, öffentliches Zahlungsmittel zu sein, auch über diesen Tag hinaus als Zahlungsmittel anzusehen.**

*** Döbeln. Auf der Fahrt von Chemnitz nach Döbeln fiel am Sonntag ein junges Mädchen, das sich an die Tür gelehnt hatte, kurz vor dem Bahnhof Stein aus einem Abteil 4. Klasse eines Personenzuges. Durch Rieben der Notleidende wurde der Zug sofort zum Stehen gebracht. Nachdem mehrere hundert Meter zurückgefahren worden war, fand man die Verunglückte, die mit leichten Verletzungen davongekommen war, auf dem Rasen am Gleis liegend auf und nahm sie wieder in den Zug auf.**

*** Döbeln. Am Sonntag abend ist auf der elektrischen Tunnelbahn ein Liebespaar verunglückt und zwar dadurch, daß es während der Fahrt von den Sitzplätzen geschleudert worden ist. Das Mädchen fiel so unglücklich gegen eine Holzsäule, daß es bewußtlos liegen blieb und auf ärztliche Anordnung in das Krankenhaus überführt werden mußte. Wahrscheinlich hat es innere Verletzungen erlitten. Der junge Mann ist mit einigen Hautabschürfungen davongekommen. Der Unfall ist auf eigenen Verschulden der Verleger zurückzuführen.**

*** Magdeburg. Auf tragische Weise hat die Familie des Glasschleifers Richter, Südstraße 11, ihren 14 Jahre alten Sohn Kurt verloren. Dieser befand sich in Heinrichshof zur Kartoffelernte, kletterte während der Mittagspause auf einen Baum, fiel herunter, wobei er die Arme brach und eine Gehirnerschütterung erlitt. Am Sonnabend ist er gestorben.**

*** Dresden. Einem bissigen Truppenteil sind in der letzten Hälfte des Monats September aus sieben Pferdefahrzeugen, die in einer Exzerzierhalle in der Albertstadt stehen, die Magneten herausgedrückt bzw. gestohlen worden.**

*** Klingenthal. Zur Verbilligung der Totenbestattung hat der Gemeinderat zu Unterlauchsen beschlossen, bei Todesfällen jedem Ortsinwohner auf Verlangen einen an Aussehen durchaus würdigen Einheitszug zur Verfügung und im Hausbaltzplan ein entsprechendes Berechnungsgeld für diesen Zweck einzustellen.**

*** Oberhondorf. Zum Besten der bissigen Ortsarmen ist ein Volksfest veranstaltet worden, das gegen 100000 Mark Neingewinn erbracht.**

*** Rottendorf. In der Nacht zum 8. Oktober ist die Scheune des Rittergutsbesitzers Arnhold in Rottendorf vollständig niedergebrannt. Die gesamten Rentenvermögen im Werte von mehreren Millionen Mark sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Vorsätzliche Brandstiftung liegt vor.**

*** Buchholz. Die beiden Männer, die in der Nacht zum 4. Oktober den Einbruch in die Stadtkirche in Weipert ausgeführt hatten, wurden am Sonnabend in Buchholz kurz vor der Abfahrt des Zuges nach Weipert festgenommen. Die gestohlenen Wertstücke der katholischen Kirche, meist Gold und Silber, konnten ihnen restlos abgenommen werden. Ihre Auslieferung an die Polizei ist festgestellt.**

*** Schirgiswalde. Die Baugärtner Plaatz melden: Bekanntlich hatten auch zwei Zentrumsangehörige, die Gemeinderatsmitglieder sind, mit anderen Stadtverordneten das Verfassungskloster verlassen, als die Wahl des Abgeordneten zum Bürgermeister auf der Tagesordnung stand. Von den zurückgebliebenen acht Stadtverordneten, die sämtlich der Zentrumsparität angehören, wurde Klelein gewählt, während der bisherige Bürgermeister Vogt sich der Abstimmung enthielt. Der Vorstand des Zentrumswahlvereins hat nun die beiden Herren Hauptmann und Stafel, die nicht an der Wahl teilgenommen haben, aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen. Darauf antworteten diese: Wie bringen dies der Bürgermeister von Schirgiswalde zur Kenntnis und überlassen es ihr, sich selbst ein Urteil über dieses unerhörte auf strafbare Tötigung gremende Vorgeben einer auf christlichem Standpunkt stehenden Fraktion zu bilden. Lediglich weil wir das lichtscheue und unaufrechte Treiben dieser Herren Fraktionen nicht mehr mitmachen und unsere Selbstständigkeit nicht aufzugeben, sind wir ihnen zufrieden geworden. Sie erstreben unsere Beleidigung, doch mögen sie sich gefaßt sein lassen, daß es Ihnen hiermit nicht so leicht werden wird, wie bei unserem ehrwürdigen früheren Bürgermeister. Wir denken nicht im Traume daran, unser Mandat niederzulegen, und seien den angedrohten weiteren Schritten mit Ruh und Spannung entgegen.**

*** Chemnitz. Mittels Einbruchs wurden aus einer bissigen Wirtschaftsanstalt gestohlene Waren von sehr hohem Wert, u. a. 5 Kostüme, 2 Kleider, 35 Tümpers und 11 Baden, verdachtlos gestohlen. Für Wiederbeschaffung sind 20000 Mark Belohnung ausgesetzt. Werner ist dabei ein rotes Federul mit einer mit Brillanten besetzten Damenuhr im Werte von 750000 Mark gestohlen worden. Für die Wiederbeschaffung hat der Verluststräger eine Belohnung von 75000 Mark ausgesetzt.**

*** Bad Elster. Zu einem Sulmanstisch zwischen sächsischer Sicherheitspolizei und böhmischen Grenzbewohnern kam es in der Sonnabend in einem Gasthaus in Gürth. Ein sächsischer Grenzbeamter wollte einen des Strommuggels verdächtigen Mann fassen, land aber so erheblichen Widerstand, daß er eine Abteilung Sicherheitswehr herbeiholen mußte, worauf das Wirtshaus besetzt und eine Anzahl Personen verhaftet und an das Landgericht Blauen eingeliefert wurde, soweit sie nicht eine mehrere tausend Mark betragende Bürgschaftsumme hinterlegen konnten.**

*** Grimma. Die Belegschaft der Maschinenbau A. G. Goliwitz-Grimma ist in den Streik getreten, weil die Fabrikleitung sie geweigert hat, eine Kartoffelverschwendung von 10–12000 Mark pro Arbeiter zu zahlen. Das Werk**



Erdal

Marke Rötfrosch - Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

hatte die Vorschuhhöhe auf 3000 Mark begrenzt und dabei zur Bedingung gemacht, daß dieser Vorschuh tatsächlich nur für die Kartoffelbeschaffung verwendet und der Beweis dafür durch Vorzeigung einer Quittung erbracht werde. Auf den willkürlichen Streit hin hat die Direktion auch den Vorschuh von 3000 Mark zurückgesetzt.

*** Leipzig. Im Auftrage der Stadt Madrid bestätigten acht Stadtverordnete die kulturellen und sozialen Einrichtungen der Stadt Leipzig. Das Interesse, das die Einrichtungen bei den Besuchern erwachten, geht daraus hervor, daß sie ihren ursprünglich auf einen Tag festgelegten Besuch auf vier Tage ausdehnen. Die Delegation setzte sich aus Vertretern der Arbeiter, Handwerker, Unternehmer, Freiberufler und städtischen Beamten.**

*** Mühlberg a. d. Elbe. Hier ist unter dem Verdachte des Mädelhandels der Handlungsbüro Markus Butterbach aus Polen verhaftet worden. Er suchte junge Mädchen zu veranlassen, mit ihm nach Koblenz zu fahren, wo er sie einem reichen Amerikaner auszuführen gedachte.**

*** Warnsdorf i. B. Es wurde schon berichtet, daß infolge der trockenen wirtschaftlichen Lage im allgemeinen und der Ziegelfabrik, namentlich des Ziegelwerkes der Warnsdorfer Holzfeuerzeugindustrie, rund 50 Prozent, darunter die bedeutendsten Betriebe von Warnsdorf, Hilfegelegt sind oder nur ganz minimal arbeiten. Warnsdorf hat zurzeit 4000 Arbeitslose mit Unterstützung und 2000 Arbeitslose ohne jede Unterstützung. Für den Winter müssen die größten Beschränkungen eingehalten werden.**

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 11. Oktober 1922.

Der Rathenaus-Mordprozeß.

*** Leipzig. Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der Angeklagte Warnecke auch heute unabhängig sei. Es soll jedoch verucht werden, die Verhandlung fortzuführen. Der Angeklagte Ilseman gibt hierauf auf Befragung an, daß er die Maschinenvioline im Mai d. J. von Klemm erhalten habe. Neben die dritte Persönlichkeit, die am Sonntag zu Ilseman kam und über die bisher nichts in Erfahrung gebracht werden konnte, macht der Angeklagte auch heute keine Angaben. Bei der hierauf fortgeführten Verhandlung des Jungen Brüdigers bittet der Verteidiger Dr. Lügebrunn, den Leiter der Arrenbank bei Kassel Prof. Jahrmarkt darüber zu vernehmen, daß Brüdiger zwei Jahre interniert war und psychopathischer Lüge ist.**

Zum Tode verurteilt.

*** Hamburg. Das bissige Schwurgericht verurteilte den Heizer Bartholomä und den Heilmagneten Wilms wegen Ermordung und Raubung des Weinhandlers Magnus und seiner Tochter zum Tode.**

Transsibirische Befreiung wegen des Marksturzes.

*** Paris. Der „Courrier“ weist heute auf den Marksturz hin und auf die Notwendigkeit, für die Bezahlung der Sachlieferungen innerhalb Deutschlands Sorge zu tragen. Die deutschen Industriellen führen in den Sachlieferungen ein Mittel, Mittel, Mittel und als Gegenleistung den transsibirischen Preis, d. h. einen stabilen nicht von den Markstürzen beeinflußten Preis zu erhalten.**

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

*** Bern. Der Nationalrat bewilligte einen Kredit von 50 Millionen Franken zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.**

Eine Rede Lloyd Georges.

*** London. Gestern nachmittags legte eine belgische Deputation an dem Erinnerungsdenkmal für die gefallenen Krieger im White Hall einen Krans nieder. Lloyd George war mit mehreren anderen Ministern zugegen. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er u. a. sagte: England sei für die Sache der Freiheit und des Rechtes im Kriege eingetreten. So groß auch die Opfer und die Leiden gewesen seien, habe man ihn nicht einen Augenblick bedauert. England sei glücklich, daß es mit Belgien und Frankreich und den anderen Alliierten Seite an Seite gekämpft habe. Es wäre tragisch, wenn man sich nachdem man im Kriege zusammenmarschierte, in dem Augenblick trennen würde, wo es sich darum handele, am Wiederaufbau der Welt zu arbeiten.**

Das Abkommen von Mudania unterzeichnet.

*** Konstantinopel (Orient). Das Abkommen von Mudania ist unterzeichnet worden.**

Sport.

*** Ein neuer Flugrekord. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus New York hat der amerikanische Fliegerleutnant Langham auf einem Curtiss-Apparat einen Kilometerflug mit einer Stundengeschwindigkeit von 220,45 englischen Meilen ausgeführt und damit den Weltrekord des französischen Fliegers Gadi Decoin unterbrochen.**

